

Die wichtigsten politischen Ziele und Meilensteine für Gigabit-Netze als Grundlage der Digitalisierung Deutschlands

Gesellschaft und Wirtschaft sind auf hochleistungsfähige Telekommunikationsnetze angewiesen – überall in Deutschland und im Festnetz ebenso wie im Mobilfunk. Der zügige weitere Ausbau von im weltweiten Maßstab wettbewerbsfähigen digitalen Netzen ist daher eine der zentralen infrastrukturpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Um die Digitalisierung unseres Landes und den Gigabit-Ausbau deutlich effizienter voranzubringen, müssen nun beherzt wichtige TK- und digitalpolitische Maßnahmen eingeleitet und vor allem in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden.

Deutschland macht beim Gigabit- und Mobilfunkausbau enorme Fortschritte und die Unternehmen treiben den Ausbau mit hoher Dynamik voran. Die TK-Branche wird überall dort, wo irgend möglich, in der Stadt und auf dem Land, gigabitfähige Netze errichten. Diese Dynamik muss auch in Zukunft aufrechterhalten und mit geeigneten Maßnahmen gestützt und wo immer möglich gesteigert werden. Entscheidend sind hierfür:

- **Stabile Rahmenbedingungen mit dem klaren Prinzip „Privat vor Staat“:** Förderung darf weder zeitlich noch im Umfang den privatwirtschaftlichen Ausbau verdrängen. Private Investitionsmittel gerade für den ländlichen Bereich stehen umfassend bereit. Der Ausbau im Rahmen von Förderprogrammen benötigt deutlich mehr Zeit und ist zudem deutlich teurer. Geförderte Ausbauaktivitäten müssen daher noch stärker auf besonders schlecht versorgte Gebiete priorisiert werden, auch wenn es zu einem Aufgreifschwelenwechsel kommt.
- **Realistische Ausbauziele mit klaren Prioritäten:** Ein flächendeckendes Angebot von Gigabit-Anschlüssen wird sich nicht vor 2030 realisieren lassen. Politische Zielsetzungen dürfen einem sinnvollen Ausbaukonzept nicht entgegenstehen und keine Erwartungen wecken, die absehbar enttäuscht werden. Ein Gesamtkonzept muss vielmehr privatwirtschaftliche Aktivitäten und Förderung sinnvoll zusammenführen und klare Prioritäten definieren.
- **Gemeinsame Ziele erfordern gemeinsames Handeln:** Der Ausbau digitaler Infrastrukturen ist komplex und kann nur Hand in Hand von Privatwirtschaft und Politik gelingen. Dafür braucht es einen engen und konstruktiven Austausch mit gemeinsamen Maßnahmen in handlungsfähiger Runde.

Neben der Weiterentwicklung des ordnungspolitischen Rahmens steht für die Politik die Versorgung der nicht eigenwirtschaftlich erschließbaren Gebiete im Vordergrund. Dabei gilt es die folgenden **Herausforderungen für eine flächendeckende Gigabit-Versorgung Deutschlands zu beachten:**

- Vorrangige Schließung der letzten weißen Flecken im Rahmen der Förderung
- Nachfrage- und bedarfsgerechter Ausbau in grauen Flecken

- Funkgestützte schnell verfügbare Übergangslösungen, wo kurz und mittelfristig sinnvoll und erforderlich.

In den folgenden drei Abschnitten gehen wir näher auf diese Handlungsfelder sowie weitere Ausbau- und Nachfragebeschleuniger ein.

1. Privat vor Staat: Investitionsfreundliches Klima schaffen Gigabit-Ausbau effizient vorantreiben

An privaten Investitionsmitteln für einen Gigabit-Ausbau mangelt es nicht. Allerdings müssen die Voraussetzungen für Investoren und infrastrukturenbauende Unternehmen noch an vielen Stellen verbessert werden. Mit dem Abschluss der TKG-Novelle, dem gesetzgeberischen Rahmen für den Telekommunikationsmarkt, sind die aktuellen Herausforderungen leider noch nicht bewältigt.

➤ **Moderne Regulierung**

Moderne Regulierung muss kalkulierbarer, investitions- und wettbewerbsfreundlicher werden und sich der fortgeschrittenen Wettbewerbsentwicklung und den Prinzipien des Marktes anpassen. Vertragliche Regelungen und Kooperationen werden eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Dank Open Access auf möglichst allen Glasfasernetzen zu fairen Bedingungen werden Wirtschaft und Verbraucher von Wettbewerb und Anbietervielfalt profitieren. Gemeinsame Investitionen und Ausbaukooperationen sollten erleichtert und unterstützt werden. Der Übergang von Kupfer auf Glasfaserinfrastruktur muss fair gestaltet werden und hohe Qualität für die Kunden sicherstellen. Neue Regeln wie „Equivalence of Input“ können in Zukunft auf den neuen Glasfasernetzen dazu beitragen, hohe Qualität für alle Kunden zu sichern und Regulierungseingriffe zu vermeiden. Die politischen Zielvorgaben müssen diesen Punkten Rechnung tragen.

Bei der **Umsetzung des Rechtes auf schnelles Internet** muss darauf geachtet werden, dass die Erschließung einzelner Häuser mit Tiefbaumaßnahmen nicht leistbar ist und auch hier in vielen Fällen nur funkgestützte Lösungen sinnvoll sind, um nicht den gesamten Ausbau deutlich zu verzögern.

➤ **Bürokratie abbauen, Verwaltung optimieren und digitalisieren**

Die Digitalisierung von Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie die Standardisierung der beizubringenden Unterlagen muss für Festnetz- und Mobilfunkausbau gleichermaßen beschleunigt werden und dabei die modernen Verlegeverfahren widerspiegeln. Die bundesweite Implementierung eines Onlinezugangs zu den Genehmigungsverfahren bis Ende 2022 auf Basis des Onlinezugangsgesetzes ist dafür ein wichtiger, erster Schritt. Die im TKG dafür vorgesehenen koordinierenden Stellen auf kommunaler oder Landkreisebene können sehr gut unterstützen und müssen daher nun bundesweit zügig eingerichtet werden.

Da sich Baukapazitäten und Fachkräfte nicht beliebig vermehren lassen, müssen wir zwingend alle Möglichkeiten nutzen, mit den möglichen Ressourcen schneller zu bauen. Die Normierung für Verlegeverfahren in geringerer Tiefe muss zügig finalisiert werden. Zur Refinanzierung von unerwarteten Bauschäden außerhalb der üblichen Gewährleistung und für Umverlegungsmaßnahmen sollte ein Bundesfonds zur Verfügung gestellt werden.

Bürokratieabbau statt -aufbau bedeutet, **Prozesse** auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene weiter zu **verschlanken** und besser zu **koordinieren**. **Planungsbürokratie (Stichwort „GIS-Portal“)** sollte auf das absolut notwendige Maß beschränkt, statt ausgeweitet werden.

Im Rahmen der Digital-Gipfel 2019 und 2020 wurden bereits gut funktionierende Mechanismen zum Bürokratieabbau identifiziert und in Einzelfällen – von Bundesland zu Bundesland allerdings sehr unterschiedlich und größtenteils weit hinter den Möglichkeiten zurückbleibend – umgesetzt.

Wo notwendig, müssen wir Gesetze und andere Regelwerke anpassen. Alle positiven Erfahrungen müssen wir zusammentragen und über eine **Bund-Länder-Kommission** schnell zur bundesweiten Anwendung bringen, insbesondere was Bau- und Wegerecht anbelangt. Der Infrastruktur-Beirat des BMVI muss um Vertreter der TK-Wirtschaft ergänzt werden.

➤ **Baukapazitäten als wesentlichen Engpass erkennen/Fachkräftemangel aktiv bekämpfen**

Eine wesentliche Ursache der begrenzten Zuwachszahlen im Glasfaserausbau ist der Mangel an ausgebildetem Fachpersonal. Auch hier gibt es mit der branchenübergreifenden Fachkräfteinitiative, die unter Moderation von DIHK und BMVI steht und von allen Fachverbänden mitgetragen wird, erste gute Ansätze, die stärker unterstützt werden müssen.

➤ **Wachsende mobile Nutzung durch Frequenzbereitstellung absichern**

Es muss sichergestellt werden, dass dem Markt die für den Ausbau benötigten Frequenzen in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden. Dabei ist zu beachten, dass Einnahmenmaximierung zugunsten des Staates nicht der Zweck der Frequenzbereitstellung ist. Wenn die Marktentwicklung es erfordert, muss daher zeitnah zusätzliches Spektrum im Rahmen eines investitionsorientierten Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellt werden.

2. Eigenwirtschaftlicher Ausbau ist die beste Lösung auch für den ländlichen Raum

➤ **Der eigenwirtschaftliche Ausbau ist nicht nur deutlich schneller und günstiger, sondern auch gerade im ländlichen Bereich dank kostengünstiger innovativer Verlegeverfahren extrem erfolgreich.** Auch entlegene Orte können so sukzessive erreicht werden, ohne dass diese punktuell gefördert werden müssten.

Der eigenwirtschaftliche Ausbau muss daher als wichtigster und effektivster Treiber des Ausbaus auch politisch klar erkannt und priorisiert werden. Förderung ist unverzichtbar, aber nur dort sinnvoll, wo der Ausbau wirklich unwirtschaftlich ist.

- **Festnetz: Weiße und graue Flecken strukturiert schließen und Optimierungspotentiale nutzen.** Damit dies sinnvoll gelingt ist es unverzichtbar, die Problemstellung im ländlichen Bereich zu analysieren und die richtigen Lösungsmöglichkeiten kurz- und mittelfristig politisch anzugehen.

Im Fokus müssen stehen:

- **Schutz von eigenwirtschaftlichen Investitionen und zukünftigen Investitionsmöglichkeiten in gigabitfähige Netze.**
 - Hierfür bedarf es eines deutlich **optimierten Förderregimes**, das sich besser als bisher auf bestehende, sowie mittel- und langfristig unterversorgte Gebiete fokussiert. Das bestehende Regime trägt dem sowohl kurz- als auch längerfristig vorhandenen Eigenausbaupotential in ganz Deutschland nicht Rechnung. Wir regen hier dringend eine **wissenschaftliche Studie** an, damit sinnvolle Regelungen für die Zeit ab 2023 rechtzeitig politisch entwickelt werden können. Maßgeblich bleiben weiterhin die von der EU gesetzten klaren Grenzen, wonach ein geförderter Überbau gigabitfähiger Netze (FTTB/H und HFC) unzulässig und weiterhin konsequent auszuschließen ist.
 - In diesem Zusammenhang wären auch eine Begrenzung und gleichmäßige Verteilung der abrufbaren Fördermittel des Bundes auf 1 Mrd. € p. a. über die kommenden Jahre wichtig.
 - Technologieneutrale **funk- oder satellitengestützte Lösungen** müssen **als zwischenzeitliche schnelle Digitalisierungshilfe** förderfähig den Bürgern und Bürgerinnen angeboten werden.
- **Mobilfunkversorgung unkompliziert und effizient sicherstellen**
Um eine schnelle und effiziente Mobilfunkversorgung sicherzustellen, muss auch künftig der Vorrang des marktgetriebenen Ausbaus gelten. Lediglich ergänzend – dort, wo kein marktgetriebener Ausbau erfolgt – können der intelligente Einsatz von Fördermitteln sowie künftige Aktivitäten der neuen staatlichen Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) unterstützen.

Angesichts des seitens der Branche sowie auch politisch gewünschten, stetigen und umfangreichen weiteren Netzausbaus sind weitere Vereinfachungen und Beschleunigungen der Genehmigungsverfahren unumgänglich. Es zeigen sich erste gute Lösungsansätze für **beschleunigte Genehmigungsverfahren** in Bund und Ländern. Die **Landesbauordnungen** sind in vielen Ländern jedoch noch **weiter anzupassen, um alle Beschleunigungshebel zu nutzen.**

3. Weitere Ausbau- und Nachfragebeschleuniger

➤ **Digitalisierung treibt Nachfrage und Gigabit-Ausbau**

Wir brauchen einen **investitions- und innovationsfördernden Wettbewerbsrahmen**, der der wachsenden Bedeutung digitaler Dienste auf Gigabit-Infrastrukturen gerecht wird und innovative Dienste fördert statt einschränkt. Der rechtliche Rahmen muss **attraktive und innovative Dienste auf den Netzen** der Zukunft erlauben, die aus Deutschland heraus die Digitalisierung von Wirtschaft, Industrie und Zivilgesellschaft vorantreiben. **Deutschland muss nicht nur bei der digitalen Infrastruktur an die Weltspitze finden, sondern auch das Angebot entsprechender Dienste ermöglichen.**

Eine neue Regierung muss beim **Zuschnitt der Ressorts** darauf achten, dass Digitalisierung einen Schwerpunkt erhält und die Sicht von investierenden Unternehmen einen gleich hohen Stellenwert hat wie Verbraucherschutz. Eine rein juristische Sicht auf den Verbraucherschutz greift zu kurz. Erforderlich ist stattdessen eine gesamtheitliche Betrachtung unter gleichgewichtiger Einbeziehung wirtschaftlicher, technischer und gesamtgesellschaftlicher Aspekte.

➤ **Inhouse-Glasfaserinfrastruktur angehen**

FTTB, also der Glasfaserausbau bis zum Haus, ist in vielen Fällen eine bereits leistungsfähige Anschlussvariante, die aber meist von der Qualität der im Haus verlegten Kupferinfrastruktur abhängig ist. Auch um Störungen zu vermeiden, kann die Verlegung von Glasfasernetzen in den Gebäuden und bis in die Wohnungen erforderlich sein (FTTH). Ob das zwischenzeitlich in der TKG-Novelle aufgenommene Glasfaserbereitstellungsentgelt (§ 72 TKG) den gewünschten Effekt hat, muss sich in der Praxis erweisen.

➤ **Digitale Souveränität und Sicherheit im Netz fördern**

Um neue, zusätzliche Technologien und Technologielieferanten optimal für den europäischen marktgetriebenen Infrastrukturausbau – nicht zuletzt bei 5G – nutzen zu können und gleichzeitig flexibel auf neue Sicherheitsanforderungen reagieren zu können, sind Zukunftstechnologien und neue Industriestandards zunehmend wichtig. Flexibilität, neue Sicherheitsstandards, aber auch mehr Wettbewerb können hierdurch unterstützt werden. Wir halten die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung auch im Bereich GaiaX und OpenRAN daher ausdrücklich für sinnvoll, regen aber an, diese praxisnäher zu fördern und so markt- und unternehmensbezogener zu gestalten.

➤ **Nutzen und Lasten des Breitbandausbaus fair verteilen**

Leistungsfähige und flächendeckende Telekommunikationsnetze sind die Grundlage für viele erfolgreiche Geschäftsmodelle im Internet. Gerade in der Pandemie haben Online-Handel, Kommunikations-Plattformen und Streaming-Dienste enorme Zuwächse verzeichnen können. Gleichzeitig ruht die Finanzierung und ökologische Modernisierung der Netze weiterhin nahezu vollständig auf den Schultern der Netzbetreiber. Es muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob und wie die Verursacher der enorm steigenden Verkehrsmengen einen angemessenen Beitrag zur Deckung der Netzausbaukosten sowie der Netzintegrität und zu einer Verbesserung des gesamten Internet-Ökosystem mit Blick auf die CO₂-Bilanz leisten sollten. Hierzu müssen in Deutschland und auf europäischer Ebene die entsprechenden Diskussionen geführt werden.

➤ **Daten- und Verbraucherschutz optimieren, statt ihn zu maximieren**

Kluge Lösungen lassen Raum für Neues, für Ideen und innovative Produkte. Es geht um Arbeitsplätze und Perspektiven für Millionen Menschen, aber auch darum, dass die kreativsten Köpfe eine Chance sehen, ihre Ideen auch in unserem Land umzusetzen. **Digitalisierung muss Probleme lösen, Bewährtes besser machen, aber auch disruptive neue Möglichkeiten schaffen.** Der Spielraum der Unternehmen hierfür darf in Deutschland nicht immer weiter eingeengt werden, wie z. B. bei der zukünftig viel diskutierten TK-Quellenüberwachung. Verbraucher- und Datenschutz kann und soll, wo erforderlich, verbessert werden, aber mittels Lösungen, die gemeinsam **mit der Wirtschaft im Dialog** und nicht gegen die Wirtschaft ohne sinnvolle Kompromisse erarbeitet werden und dem Kunden statt mehr Bürokratie, Komplexität und Intransparenz einen echten Mehrwert bieten.

➤ **Mit Digitalsteuer ein Level Playing Field schaffen**

Digitalisierung und der Wettbewerb um die innovativsten Ideen darf nicht auf Grundlage einer unfairen Steuerpolitik entschieden werden. Daher haben mehrere europäische Länder inzwischen eine eigene Digitalsteuer mit dem Ziel einer fairen Besteuerung eingeführt. Dadurch entstanden mehrere nationale Insellösungen. Eine einheitliche internationale Lösung ist aber nur unter Einbeziehung der USA zielführend. Die Bundesregierung sollte daher eine OECD-weite Lösung aktiv vorantreiben. Gelingt in diesem Kontext in absehbarer Zeit keine Einigung, sollte eine europäische Lösung gefunden werden. Diese hätte international mehr Gewicht als nationale Interimslösungen.

Berlin, September 2021